

Gesundheits- und Spitalwesen

Gesundheits- und Spitalwesen

Gesundheitswesen (MA 15)

Die Tätigkeitsbereiche der MA 15 wurden von 23 Referaten, 19 Bezirksgesundheitsämtern (zusammengefasst in 6 Dezernaten) und 4 Stabsstellen durchgeführt. Mit Stand 31. Dezember 2002 waren insgesamt 873 Bedienstete (davon 293 Ärzte) beschäftigt. Die **Ethikkommission der Stadt Wien** wurde auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 26. September 2002 (Pr. Zl.: 02708/2002-GGS) eingerichtet. Der Vorsitz und die Geschäftsleitung wurde ab diesem Zeitpunkt von der MA 15 übernommen.

Im Berichtsjahr 2002 konnten die **Stabsstellen** neben strategischen Beratungen weitere Schritte im Sinne der Verwaltungsreform setzen. Insbesondere sind zu nennen: Durchführung von Potenzialanalysen für die 2. und 3. Führungsebene, Präventivmaßnahmen (Informationen) gegen Mobbing als Teilaspekt einer neuen Unternehmenskultur und Erstellung eines einheitlichen Interviewleitfadens für neu eintretende Mitarbeiter/innen, Pflege, Wartung sowie Aktualisierung der Kostenrechnungssoftware SAP.

Im Rahmen der **Öffentlichkeitsarbeit** wurde das abteilungseigene Ausstellungssystem mit dem neugestalteten Logo unter Berücksichtigung des Corporate Design der Stadt Wien überarbeitet. Die **Internetdarstellung** der Abteilung konnte komplett neu strukturiert online gestellt werden. Für **E-Government** wurden vier Projekte in Arbeit genommen: Impf-Recall-System, elektronische Terminvereinbarung, Nostrifikation und Strahlenschutzverfahren. Im Rahmen der **Kampagne „Schau auf Dich“** fanden 157 Veranstaltungen statt. Mehrere neue Folder, Broschüren und Plakate wurden aufgelegt, Vorträge im Rahmen der MD-VA und in Zusammenarbeit mit der MD-BG abgehalten und die mediale Umsetzung der Dienstleistungen in der wöchentlichen Beitragsserie „Gesund in Wien“ im U-Express durchgeführt. Zur Qualitätssicherung der Gesundheitsberatungsangebote wurden Klienten-Fragebögen ausgearbeitet, aufgelegt und evaluiert.

Zur Umsetzung des genehmigten EU-INTERREG IIIA/PHARE CBC-Projekts **„Gesundheitsnetzwerk Wien – Bratislava“** wurde ein Health Net Office in Bratislava eingerichtet und zwei Symposien im Berichtsjahr abgehalten.

Behördliche Aufgaben

Zum Themenbereich der **Infektionskrankheiten** wurde im Jahr 2002 das Bazillenausscheidergesetz aufgehoben und die Meldepflicht des Nachweises meldepflichtiger Krankheiten für Labors eingeführt. Die Anzahl der gemeldeten Infektionskrankheiten (außer TBC und Geschlechtskrankheiten) ist insgesamt deutlich angestiegen (2001: 2.862, 2002: 3.373). Ein Anstieg der Erkrankungszahlen war bei fast allen Erkrankungen festzustellen.

Insbesondere die Zahl der gemeldeten Hepatitisfälle ist von 127 auf 343 angestiegen, wobei vor allem die Meldungen bei Hepatitis B und Hepatitis C durch die Labormeldepflicht etwa 85 Prozent der Fälle ausmachen.

In der **Desinfektionsanstalt** wurden insgesamt 10.308 Desinfektionen einschließlich Entlausungen und Entwesungen durchgeführt. Die Anzahl der Kopfentlausungen ist im Vergleich zum Vorjahr um weitere 361 angestiegen. Das ist ein Anstieg um 5 Prozent. Im Zusammenhang mit der **Tuberkulosebekämpfung** waren rund 425.000 Personenkontakte erforderlich.

Die **Geschlechtskrankheiten** zeigten eine starke Zunahme. Der Anstieg der Gonorrhoe war mit 105 Prozent gegenüber 2001 besonders dramatisch, die Anzahl der Syphilisfälle nahm um 25 Prozent zu. Das STD-Ambulatorium reagierte auf diesen steigenden Trend mit einem weiteren Ausbau der zielgruppenspezifischen Arbeit. Um möglichst viele Geheimplatzierte zu erfassen, startete ab Jänner 2002 das Projekt „STD-Screening im Polizeianhaltezentrum (PAZ)“. Ein Team des STD-Ambulatoriums bietet in einem eigens dafür adaptierten Raum des PAZ die Untersuchung und Behandlung auf sexuell übertragbare Erkrankungen (STD) sowie zielgruppenspezifische medizinische und sozialarbeiterische Beratung an.

Im Rahmen der **sanitären Aufsicht über Krankenanstalten und Sanitätsberufe** wurden im Jahr 2002 weiterhin Überprüfungen von Krankenanstalten forciert durchgeführt. In der MA 15 erfolgt die Ausgabe bzw. der Versand der Suchtgiftrezeptformulare für verschreibende Ärzte in ganz Wien, wobei im Berichtsjahr 56.650 Dauerverschreibungen und 79.488 Suchtgiftrezeptformulare ausgegeben wurden.

Im Rahmen der **Aufsicht über die Ausbildungen in den medizinischen Gesundheitsberufen** wurden in insgesamt 122 bewilligten Ausbildungen 345 Kommissionstermine (Prüfungs- bzw. Aufnahmekommissionen) wahrgenommen. In diesen Ausbildungsstätten haben 2.253 Personen eine Ausbildung abgeschlossen. Von der Europäischen Kommission wurden zwei Mitarbeiterinnen der MA 15 für den Bereich Gesundheits- und Krankenpflege zu Mitgliedern der Expertenkommission ernannt. Im Zeitraum Jänner bis Mai 2002 fanden sieben Missionen in die Beitrittskandidatenländer statt.

Rechtsangelegenheiten

Im Berichtsjahr sind zwei neue Gesetze für die Regelung von medizinischen Gesundheitsberufen in Kraft getreten: Mit 1. Juli 2002 ist das neue **Sanitätsgesetz (SanG)**, BGBl. I, Nr. 30/2002, in Kraft getreten. Die MA 15 ist mit der Bewilligung von Modulen der Sanitätärausbildung befasst und nimmt an den Prüfungskommissionen teil. Das neue **Medizinische Masseur- und Heilmasseur-**

Gesundheits- und Spitalwesen

gesetz (MMHG), BGBl. I, Nr. 169/2002, wurde am 23. Dezember 2002 verlautbart, tritt mit 1. April 2003 in Kraft und wird unter Beiziehung der MA 15 zahlreiche Bewilligungsverfahren erfordern.

Schwerpunkte der Tätigkeit auf dem Gebiet **Sanitätsrecht** waren Verfahren nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz und dem Arbeitnehmer/innen-schutzgesetz, dem Strahlenschutzgesetz, dem Apothekengesetz, dem Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz und dem Wiener Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetz, Berufungsverfahren und sonstige Ärzteangelegenheiten nach dem Ärztegesetz 1998 sowie Verfahren betreffend die Aufsichtspflicht über die Ärztekammer für Wien, Verfahren betreffend Krankenpflegepersonen, Hebammen und Dentisten, Ausarbeitung von Stellungnahmen und Berichten sowie die Begutachtung und Ausarbeitung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen.

Ausarbeitung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen

Abgeschlossen wurde die Novelle LGBL für Wien Nr. 38/2002 zum **Wiener Krankenanstaltengesetz** sowie die Novelle LGBL für Wien Nr. 43/2002, mit der auch Vereinfachungen im **Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz** erfolgten. Begonnen wurde mit den Vorarbeiten für einen Wiener Krankenanstaltenplan.

Im Jahr 2002 wurde weiter intensiv an der Erstellung eines Entwurfs für ein neues **Wiener Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetz** sowie an der Erstellung eines Entwurfs für ein **Wiener Heimgesetz** gearbeitet.

Da mit dem Inkrafttreten des Verwaltungsreformgesetzes 2001 das **Rattengesetz** außer Kraft getreten ist, waren entsprechende legislative Maßnahmen

notwendig, damit die in Wien geltende Rattenverordnung, deren Rechtsgrundlage dieses Bundesgesetz ist, nach Wegfall dieses Gesetzes als ortspolizeiliche Verordnung weitergelten kann.

Schwerpunkte der Tätigkeit auf den Gebieten **Sozialversicherung** und **Sozialrecht** sowie Arbeitsrecht waren Einsprüche gegen Bescheide der Sozialversicherungsträger, Berufungen nach dem Behinderteneinstellungsgesetz, Bundesbehindertengesetz, Wiener Sozialhilfegesetz, Wiener Pflegegeldgesetz und Studienförderungsgesetz, Begutachtungen von Gesetzes- bzw. von Verordnungsentwürfen sowie Stellungnahmen und Berichte für Internationale Organisationen.

Die Mitarbeiter der **Physikalisch-Technischen Prüfanstalt für Radiologie und Elektromedizin** waren als Experten auf den Gebieten des Strahlenschutzes und der Elektromedizin, als **Amtssachverständige** in Bewilligungsverfahren und bei Überprüfungen von Krankenanstalten, Privatordinationen und Gewerbebetrieben tätig. Auf Grund des Erlasses GZ.32.240/2 - IX/11/2001 vom 3. Juli 2001 über qualitätssichernde Maßnahmen wurde verstärkt Augenmerk auf die Durchführung von Abnahme- und Konstanzprüfungen gelegt. Als **akkreditierte Prüfstelle** wurden in dem Fachbereich Radiologie und Elektromedizin zahlreiche Gutachten und Prüfberichte erstellt. Im Rahmen der Überwachungstätigkeit von strahlenexponierten Personen sind ca. 100.000 Personendosimeter von Krankenanstalten, Radiologen, Zahnärzten und Gewerbebetrieben ausgewertet worden.

Begutachtungen

Durch Amtssachverständige verschiedener medizinischer Fachrichtungen werden sowohl für Behörden I. als auch II. Instanz medizinische Sachverständigengutachten entsprechend dem Standard zertifizierter Gerichtsgutachter erstellt.

In der **Amtsärztlichen Begutachtungsstelle** wurden im Jahre 2002 insgesamt 6.828 Begutachtungen durchgeführt, in diesem Rahmen zusätzlich insgesamt 3.144 diverse Laborparameterbestimmungen. Im Februar 2002 wurden der Amtsrärztlichen Begutachtungsstelle die Begutachtungen zwecks Bewilligungen für Klient/innen der MA 12 (Rezepte, Heilmittel, Kuren, etc.) übertragen.

Im Jahr 2002 wurden insgesamt 1.468 **neuro-psychiatrische** bzw. **psychologische** Begutachtungen durchgeführt. Mit Herbst 2002 wurde die Wahrnehmung der behördlichen Drogenangelegenheiten an das Dezernat II - Rechtsangelegenheiten übergeben.

Vom Referat **Orthopädische Angelegenheiten** werden neben amtsärztlichen Begutachtungen in den Wiener Schulen **projektbezogen prophylaktische Reihenuntersuchungen** durch Fachärzte/innen für Orthopädie durchgeführt. Diplomsozialarbeiter/innen sind weiterhin im Verbindungsdienst zu den Sonderschulen für körperbehinderte Kinder sowie zu den orthopädischen Spitalabteilungen tätig. Ebenso besteht ein therapeutisches



Gesundheitsstadträtin Prim. Dr. Elisabeth Pittermann besuchte den ersten Wiener Zahngesundheitstag im Rathaus.

Betreuungsangebot für die Kinder der Sonderschulen für Körperbehinderte.

Im Rahmen des **Wiener Pflegegeldgesetzes** wurden 3.898 Begutachtungen für die Einstufung der Antragsteller in einer der im Gesetz vorgesehenen sieben Pflegegeldstufen durchgeführt.

Die Arbeit der **Jugendzahnkliniken der Stadt Wien** dient der Verhütung von Zahnkaries und der Gesunderhaltung der Zähne schon im Kindesalter. Sie erfüllen Aufgaben sowohl auf dem Gebiet der Vorsorgemedizin (Schuluntersuchungen, Zahnputzunterricht etc.) als auch der kurativen Medizin (Füllungen, Extraktionen, Operationen in Narkose, Zahnregulierungen). Der Schwerpunkt lag auf der Zahnprophylaxe.

Das **Institut für Umweltmedizin der Stadt Wien** ist u. a. in Wasseruntersuchungen eingebunden (Trink-, Grund- und Oberflächenwasser, stehende und fließende Gewässer, Badewasseruntersuchungen, Abwässer, Klärschlämme, Dialysewässer, Injektabilia nach AMG etc.) und leistet zusätzlich Arbeiten in den Bereichen Radiologie, Schwermetallanalytik, Toxikologie, Legionellen-, Salmonellen- und Tuberkulosedagnostik, Umweltvirologie, Krankenhaushygiene sowie Sterilisatorenüberprüfung. Mit der Umweltmedizinischen Begutachtungs- und Beratungsstelle steht eine Anlaufstelle für Bürger/innen für umweltmedizinisch relevante Fragen wie schimmelige Wohnungen, Lärm, elektromagnetische Strahlung etc. zur Verfügung. Das Institut für Umweltmedizin hat im Jahre 2002 Büroräumlichkeiten in 8., Laudongasse 29-31, bezogen.

Bezirksgesundheitsämter

Die 19 Bezirksgesundheitsämter haben im Berichtsjahr über 95.000 Impfungen verabreicht und rund 50.000 Suchtgiftdauererschreibungen vidiert. In 138 selbstständigen Ambulatorien wurde von den Amtsärzten/innen eine sanitäre Aufsicht nach dem Krankenanstaltengesetz und knapp 1.000 Überprüfungen nach dem Strahlenschutzgesetz in Ordinationen und Ambulatorien durchgeführt.

Im Rahmen der Meldepflicht von Infektionskrankheiten nach dem Epidemiegesetz wurden rund 4.000 Anzeigen bearbeitet und in umwelthygienischen Fragen ebenfalls knapp 4.000 Anfragen beantwortet.

Das **Bazillenausscheidergesetz** wurde mit April 2002 aufgehoben. Damit wurden Untersuchungen und die Ausstellung der „Gesundheitszeugnisse“ nach diesem Gesetz obsolet.

Der seit 1971 etablierte **Wiener Grippemeldetdienst** wurde auch im Berichtsjahr unter Mitwirkung von etwa 30 Meldepraxis-Ärzten in Zusammenarbeit mit der Wiener Gebietskrankenkasse und dem Stadtschulrat für Wien weitergeführt. In der 51. Kalenderwoche 2001 wurde der Beginn einer Influenza B-Welle registriert, die ihren Höhepunkt bereits in der 1. Kalenderwoche 2002 erreichte. In der 5. Kalenderwoche zeichnete

sich eine 2. Spitze ab, die auf das Auftreten einer neuen Variante des Influenza B-Virus zurückzuführen war. Insgesamt erstreckte sich die Influenza-Welle über 10 Wochen. Geschätzte 117.100 Personen erkrankten insgesamt während dieser Periode an Influenza.

Gesundheitsdienste

Gesundheitsberatungen und Dienstleistungen der MA 15 werden für breite Bevölkerungsgruppen zu den Themenbereichen Gesundheitsvorsorge für Mutter und Kind, Gesundheitsvorsorge im Schulalter/schulärztlicher Dienst, Gesundheitsvorsorge für Erwachsene, Gesundheitsberatung zu Schwerpunktthemen und Impfungen für Reisende angeboten.

Im Rahmen des **Krisenmanagements** wurden im Berichtsjahr 27 Einsätze beim Auftreten von Verdachtsfällen von bioterroristischen Bedrohungen (Milzbrand) verzeichnet.

Schwerpunkte bei jährlich wiederkehrenden Aufgaben waren die **Gesundheitsvorsorgeuntersuchungen für Erwachsene**. Die Untersuchungs- und Beratungstätigkeit des Referats „Gesundheitsvorsorge“ teilt sich in folgende Bereiche: fünf Vorsorgeuntersuchungsstellen mit fixen Öffnungszeiten, drei mobile Untersuchungsteams für Untersuchungen in Wiener Betrieben und eine Spezialambulanz zur diagnostischen Abklärung von Herz-Kreislauf-Störungen.

Die Leistungen zur **Gesundheitsvorsorge für Mutter und Kind** beinhalten v. a. den ärztlichen Dienst an den Elternberatungsstellen der MA 11, Entwicklungsdiagnostik, Familienhebammen, Seh- und Hörtests bei Kindergartenkindern, Begutachtungen bei Antrag auf den Bezug von Pflegegeld bei Kindern und die sanitäre Aufsicht über Kindertagesheime und Kinderheime. Die Kindergartenärzte wurden mit Jahresbeginn von der MA 11A in den Personalstand der MA 15 transferiert.

Der **Schulärztliche Dienst** an den Wiener öffentlichen Pflichtschulen und den Wiener Berufsschulen bietet Betreuung der Schüler/innen mit den Schwerpunkten Untersuchung, Impfung und Beratung.

Die Tätigkeit der Wiener **Gesundheitsberatung** beruht auf den drei Säulen: Information, Multiplikation und Kanalisation. Die Stelle ist als **Informationsdrehscheibe** mit der Möglichkeit der Erstberatung zu Gesundheitsthemen konzipiert. Schwerpunkte sind die Themen Rauchen, Ernährung, Wetterfühligkeit, Pollenallergie, Stress und Umweltreize.

Die **Impfstelle für Auslandsreisende** bietet Impfungen, reisemedizinische Beratung und stellt Tropentauglichkeitszeugnisse aus.

Pflege und Betreuung (MA 47)

Die MA 47 ist Teil des Gesundheitswesens und ist für die Bereitstellung gesundheitlicher, pflegerischer

scher und sozialer Hilfe für pflege- und betreuungsbedürftige Personen aller Altersgruppen zuständig. Naturgemäß liegt der Schwerpunkt bei den älteren Wiener/innen. Die rechtlichen Grundlagen sind das Wiener Sozialhilfegesetz (WSHG) und das Wiener Heimhilfegesetz (WHHG).

Das WSHG normiert einen Rechtsanspruch der Pflege im Rahmen der Sicherung des Lebensbedarfs und das Angebot und die Organisation Sozialer Dienste als Kannleistung im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung des Sozialhilfeträgers. Mit beiden Aufgaben, sowohl der Aufgabe der Bereitstellung der Pflege als auch der Bereitstellung der Sozialen Dienste, ist die Abteilung nach der Geschäftseinteilung betraut. Für diesen Zweck hat die Abteilung im Jahr 2002 rund 300 Mio. EUR netto aufgewendet. Die Budgetverantwortung bedingt die **strategische Steuerung der verschiedensten Pflege- und Betreuungsdienste**. Die zur Verfügung gestellten Mittel werden den politischen Vorgaben entsprechend verteilt. Die Durchführung der Leistung obliegt weitgehend privaten Wohlfahrtsorganisationen, die über Vertragsverhältnisse mit der Abteilung verbunden sind und die für die von der Abteilung beauftragten Leistungen Kostenersatz erhalten.

Eine **Kernaufgabe** der Abteilung besteht darin, den Bedarf der Pflege- und Betreuungsbedürftigen im Einzelfall zu prüfen, zu beraten, im Sinne der Selbsthilfe anzuleiten und die Leistungen dem Bedarf entsprechend zu organisieren. Diese Kernaufgabe wurde den Servicebereichen der Abteilung, dem Sozialruf, der Aufnahme in Wohn- und Pflegeheime und den Gesundheits- und Sozialzentren übertragen.

Die Abteilung bietet aber auch selbst Pflege und Betreuung mit eigenem Personal an. Die Eigenleistung betrifft den Bereich der medizinischen Hauskrankenpflege, die entsprechend den Bestimmungen des ASVG auf der Basis eines Vertrages mit den Krankenversicherungsträgern erbracht wird. Weiters werden von der Abteilung Geriatrische Tageszentren, vorwiegend in Verbindung mit stationären Geriatriezentren des Wiener Krankenanstaltenverbundes (KAV) betrieben. Darüber hinaus wurde eine für Akutmaßnahmen zuständige Vorfeldorganisation aufgebaut, um kurzfristig – insbesondere bei Gefahr im Verzug – Dienstleistungen schon vor der regulären Pflege und Betreuung anbieten zu können.

Die **Bedarfsprüfung und Vorfeldorganisation** der Hilfeleistungen erfolgen dezentral. Anlaufstellen sind die jeweils für durchschnittlich rund 150.000 Einwohner zuständigen Gesundheits- und Sozialzentren, die die Beratung, Bedarfsprüfung und Erstversorgung organisieren. Darüber hinaus werden in den Gesundheits- und Sozialzentren eine Reihe von Bezirks- und Regionsaktivitäten gesetzt, um dem spezifischen, demografisch bedingten Bedarf entsprechen zu können. Das WHHG regelt den Betrieb der Heimhilfe, welche durch private Organisationen angeboten wird. 96 Prozent aller in dieser Form erbrachten Heimhilfeleistungen werden durch die Abteilung beauftragt.

Zusätzliche Arbeitsschwerpunkte aus der Sicht der Gesamt-Abteilung ergaben sich im Jahr 2002 aus der

- Mitwirkung an einer Studie, die Vorschläge zur „Neuorientierung und Neuorganisation der Seniorenbetreuung in Wien“ erarbeitet;
- Erarbeitung von Unterlagen für eine Prüfung des Kontrollamts unter dem Titel „Überprüfung des finanziellen Zustands des Wiener Gesundheitswesens“;
- Umstellung der Verrechnung der städtischen Pflegeheime (Geriatriezentren) und die Vorbereitung der Verrechnungsumstellung der privaten Heime.

Die Gesundheits- und Sozialzentren (GSZ)

In Betrieb sind sieben GSZ für die Bezirke 1, 2 und 20, die Bezirke 3 und 11, die Bezirke 4, 5 und 10, die Bezirke 6, 7, 14 und 15, die Bezirke 8, 16 und 17, die Bezirke 12, 13 und 23 und die Bezirke 21 und 22. Das GSZ für die Bezirke 9, 18 und 19 ist in Planung. Seit Oktober 2002 wurde in allen GSZ jeden Donnerstag der Betrieb bis 18.00 Uhr ausgeweitet, um das Service für die Bürger/innen zu erhöhen.

Gesundheits- und Sozialzentrum Leopoldstadt/Brigittenau

Das GSZ Leopoldstadt wurde auf Grund der Umstrukturierungen innerhalb der Abteilung um den ersten Bezirk erweitert.

Gesundheits- und Sozialzentrum Favoriten

Das GSZ Favoriten wurde auf Grund der Umstrukturierungen innerhalb der Abteilung um die Bezirke 4 und 5 erweitert.

Gesundheits- und Sozialzentrum Geibelgasse

Das GSZ Geibelgasse wurde um die Bezirke 6 und 7 erweitert. Die Zuordnung der beiden Bezirke ermöglichte den Aufbau einer erweiterten Kooperation und Vernetzung mit den Bezirksvorstellungen von nun vier Wiener Gemeindebezirken sowie die Mitarbeit bei diversen Bezirksaktivitäten, u. a. der Mariahilfer Senior/innen-Woche unter dem Motto „Fit und gesund in den besten Jahren“, den Bezirksfestwochen Fünfhaus 2002 – „Fest am Eck“ (Senior/innen präsentierten in der Beratung am Eck – Reindorf-gasse aus ihrer eigenen „Werkstatt“ Literarisches, Bilder und Filme) sowie „A Xunder Bezirk“ – Gesundheits- und Sozialtage am Meiselmarkt. In Zusammenarbeit mit vielen Bezirkseinrichtungen wurden den Senior/innen die Angebote der Abteilung durch Informationsbroschüren und in persönlichen Beratungsgesprächen näher gebracht. Weiters wurde intensiv an der Entwicklung der Senior/innenplattform – einer Partizipationsinitiative im 15. Bezirk – mitgewirkt. Erstmals konnte im Zentrum den Senior/innen in Zusammenarbeit mit dem Institut „Sicher leben“ ein Trainingsprogramm „Sicher gehen bis 100 durch Bewegung und Balance“ angeboten werden, welches von den älteren Menschen begeistert angenommen wurde. Im Hanuschkrankenhaus beteiligten sich die Sozialarbeiter/innen des Zent-

rums durch ihr Beratungsangebot an dem neu eröffneten multidisziplinären Brustzentrum. Mit dem Kaiserin-Elisabeth-Spital wurde ab März 2002 das Kooperationsprojekt „Interdisziplinäre Servicestelle im Krankenhaus“ begonnen und soll im nächsten Jahr in den Regelbetrieb übernommen werden.

Gesundheits- und Sozialzentrum Ottakring/Hernals

Das GSZ Ottakring/Hernals wurde um den 8. Bezirk erweitert. In der Servicestelle im Wilhelminenspital wurde das interdisziplinäre Angebot von Information, Beratung und Begutachtung durch diplomiertes Krankenpflegepersonal, Sozialarbeiter/innen und Seniorenberater/innen mit Juli 2002 als Konsiliardienst auf das gesamte Spital ausgedehnt und in den Regelbetrieb übernommen. Die Servicestelle ist im Rahmen einer Informationsveranstaltung einer breiten Fachöffentlichkeit präsentiert worden.

Das Zentrum hat am „PIK-Projekt“ als lokaler Auftraggeber teilgenommen. Dieses Projekt „Patient/innenorientierte integrierte Krankenbetreuung“ beschäftigt sich unter der Begleitung und Evaluierung des Ludwig-Boltzmann-Institutes mit der Verbesserung der Schnittstellenstrukturen in der Region 14. bis 17. Bezirk.

Einmal monatlich trifft sich die Selbsthilfegruppe für Schlaganfallpatient/innen sowie die Selbsthilfegruppe Multiple Sklerose Erkrankter. Weiters wird eine von einer Sozialarbeiterin geführte Gesprächsgruppe für pflegende Angehörige angeboten.

Gesundheits- und Sozialzentrum Meidling/Hietzing/Liesing

Mit der offiziellen Eröffnung im März 2002 begann der schrittweise Ausbau der verschiedenen Einsatzbereiche und des interdisziplinären Leistungsangebots. Seit Herbst 2002 werden Abendsprechstunden abgehalten und Gesprächsrunden für pflegende Angehörige eingeführt.

Die Kooperationen an den Schnittstellen zu den öffentlichen und privaten Spitälern und Geriatriezentren der Region konnten intensiviert werden. Darüber hinaus wurden Informationsveranstaltungen in diversen Einrichtungen mit Multiplikatorfunktion abgehalten, um unser Leistungsangebot zu präsentieren und das Zentrum in der Region als neue Serviceeinrichtung zu etablieren. Die Planung einer multiprofessionellen, zentralen „Servicestelle“ im stationären Bereich wurde gemeinsam mit dem Geriatriezentrum am Wienerwald und dem Krankenhaus Lainz in Angriff genommen.

Neben der Umsetzung und Integration von abteilungsinternen Projekten erfolgte auch eine Beteiligung und Anbindung des Zentrums an externe Projekte, wie „Wohnen und Arbeiten“ der EU, „Investitionen in die Gesundheit älterer Menschen“ des WHO und „MedTogether“ des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Genera-

tionen. Der Themenschwerpunkt der internen Fortbildungsmaßnahmen lag bei der Teambildung und der interdisziplinären Zusammenarbeit.

Gesundheits- und Sozialzentrum Erdberg/Simmering

Die offizielle Eröffnung erfolgte am 13. November 2002. Dieses Zentrum ist das siebente, das von der Abteilung in Betrieb genommen wurde. Neben den bisherigen Dienstleistungen wird das Angebot durch Sozialarbeit, Inkontinenzberatung, mobile Ergotherapie und Indibet erweitert. Anfang 2003 folgen Senior/innenberatungen.

Gesundheits- und Sozialzentrum Donauefeld

Das Jahr 2002 war geprägt von den Vorbereitungen für die organisatorischen Veränderungen im Rahmen der „Pflege 1“. Trotzdem konnte das erklärte Ziel, den hohen Standard der Pflege und Betreuung der Menschen zu Hause zu erhalten bzw. noch zu verbessern, erreicht werden. Im Sozialmedizinischen Zentrum Floridsdorf wurde die Servicestelle der Abteilung in Betrieb genommen. Die seit Jahren bestehende Kooperation mit dem Krankenhaus wurde damit intensiviert und das Angebot für die Bevölkerung erweitert. In der Servicestelle arbeiten Sozialarbeiter/innen, Seniorenberater/innen und diplomiertes Krankenpflegepersonal zusammen und schaffen so für die Menschen der Region einen weiteren, niederschweligen Zugang zum Leistungsspektrum der Abteilung.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Region war die Öffentlichkeitsarbeit. Sowohl durch Vorträge als auch durch Infostände konnte die Bevölkerung umfangreich über die Angebote und Leistungen der Abteilung informiert werden. Die Zusammenarbeit mit den Bezirksvorstehungen und den Senior/innenbeauftragten der Bezirke wurde weiter intensiviert.

Geriatrische Tageszentren

Sechs Tageszentren werden von der Abteilung, acht weitere von privaten Trägerorganisationen betrieben. Das in Bau befindliche Geriatrische Zentrum-Süd im Kaiser-Franz-Josef-Spital wird im Frühjahr 2003 eröffnet und gehört ebenfalls der Abteilung an. Das Tageszentrum im Sozialmedizinischen Zentrum Ost – Donauefeld feierte im September 2002 gemeinsam mit dem Geriatriezentrum Donaustadt sein 20-jähriges Bestandsjubiläum.

Fachbereich Sozialarbeit

Der fachliche Entwicklungsprozess mit den diplomierten Sozialarbeiter/innen der Gesundheits- und Sozialzentren mit den Aufgabenschwerpunkten im häuslichen Bereich, an Krankenanstalten und Geriatriezentren wurde intensiviert. Arbeits- und Fortbildungsschwerpunkte bildeten „Empowerment“, interdisziplinäre Betreuungsansätze, Gestaltung von kundenorientierten Servicebereichen sowie die Grundlagenentwicklung für eine EDV-gestützte Klient/innen-Dokumentation.

Das Modellprojekt „Servicestelle im Wilhelminenspital“ bildete die Grundlage für die Entwicklung von Servicestellen an anderen Standorten (Krankenanstalten) unter Berücksichtigung der jeweiligen Rahmenbedingungen. Die Ausweitung des Kooperationsübereinkommens mit dem Wiener Krankenanstaltenverbund auf die Geriatriezentren und die Entwicklung von Standards für die soziale Betreuung der Patient/innen und Bewohner/innen in diesen Einrichtungen war Thema von Gesprächen mit der Generaldirektion des Wiener Krankenanstaltenverbunds und einzelnen Geriatriezentren.

Das Projekt Kontaktbesuchsdienst konnte erfolgreich abgeschlossen und in den Regelbetrieb übergeführt werden. Die erste wienweite Auswertung der Gesprächsleitfäden des Jahres 2001 und die darauf aufbauenden Veränderungen der Erhebungs- und Informationsinstrumente fanden bei regionalen und überregionalen Kooperationspartnern großen Anklang. Die Gesundheits- und Sozialzentren haben auch im Zusammenhang mit diesem Dienst die Entwicklung regionaler Vernetzungsstrukturen und Gesundheitsprävention gefördert. Das WHO-Projekt „Investitionen in die Gesundheit älterer Menschen“, das noch im Dezember gestartet wurde, unterstützt den weiteren Ausbau dieser regionalen Strukturen.

Fachbereich Pflege

Dem Fachbereich Pflege obliegt die fachliche Aufsicht, die strategische Planung, die Entwicklung und Einführung von Konzepten, um den Klient/innen bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Altersgebrechen ein Verbleiben in der gewohnten Umgebung zu ermöglichen. Durch die steigende Pflegebedürftigkeit und hohe Lebenserwartung der Klient/innen wird das Pflege- und Betreuungsausmaß immer komplexer und erfordert eine enge Kooperation des **Case- und Caremanagements**, welches durch die Zusammenlegung der beiden Fachbereiche Soziale Dienste und Hauskrankenpflege zu einem Fachbereich „Pflege“ gewährleistet wird. Caremanagement ist durch das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (GuKG) und nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG) geregelt. Casemanagement ist nach dem Wiener Sozialhilfegesetz (WSHG) geregelt und beinhaltet die Beauftragung und Qualitätskontrolle der privaten Wohlfahrtsorganisationen.

Eine Verstärkung der **Interdisziplinarität** in diversen Bereichen wurde eingeleitet, um eine umfassende Beratung, professionelle Pflege, Anleitung und Schulung der Patient/innen zur Erfüllung des Selbstpflegebedarfs, der Beratung und der Miteinbeziehung der Angehörigen und anderer Bezugspersonen im Sinne des Genesungsprozesses für Patient/innen sowie die Vermittlung und Koordination von Dienstleistungen zu ermöglichen. Die Grundlagenschaffung zur Einführung einer multiprofessionellen vereinheitlichten und EDV-unterstützten Dokumentation wurde entwickelt und wird schrittweise umgesetzt.

Die Sicherstellung eines nahtlosen Überganges vom stationären in den extramuralen Bereich wird

durch Kooperationsübereinkommen und den Ausbau von Servicestellen in den Krankenanstalten gewährleistet. Beauftragte Dienste sind: Hauskrankenpflege, Heimhilfe, Essen auf Rädern, Reinigungsdienst, Besuchsdienst, Wäschepflegedienst, Ergotherapie sowie Kinder- und Jugendlichenpflege. Durch die komplexen Pflege- und Betreuungssituationen und die längere Verweildauer in der gewohnten Umgebung ist ein weiterer Ausbau der Hauskrankenpflege bei den Wohlfahrtsorganisationen angezeigt.

Aufnahme in Wohn- und Pflegeheime

Die Servicestelle Aufnahme in Wohn- und Pflegeheime gewährt Sozialhilfe in Form von Pflege in stationären Einrichtungen. Voraussetzung für die Gewährung der Sozialhilfe ist die Prüfung des Pflege- und Betreuungsbedarfs, der Zuständigkeit des Sozialhilfeträgers und der finanziellen Mittel des Pflegebedürftigen. Die Stadt Wien bietet den Bürger/innen umfangreiche und individuelle Einrichtungen an ambulanter und stationärer Pflege und Betreuung an. Eine entsprechende umfassende und fachlich kompetente Information und Beratung ist Grundlage und Voraussetzung für weitere zielführende Maßnahmen.

Auch im Berichtsjahr konnte – bedingt durch die steigende Lebenserwartung – ein **Ansteigen der Pflegefälle** beobachtet werden. Die Krankenhausaufenthalte zeigen dabei eine kürzere Verweildauer. Dadurch ergibt sich ein stark ansteigender Bedarf im Bereich der Information und Beratung über das gesamte Leistungsangebot der Abteilung und weitere Bereiche, wie z. B. die Sozialversicherung. Die Servicestelle Aufnahme in Wohn- und Pflegeheime hat die Richtlinienerstellung und die laufende Adaptierung dieser Richtlinien für den gesamten Aufgabenbereich durchgeführt. Dadurch wurde eine einheitliche Vorgangsweise möglich und die Informations- und Beratungstätigkeit konnte sehr kundenfreundlich und fachlich kompetent gestaltet werden. Eine weitere Effizienzsteigerung ist durch die Abhaltung von Informationstagen und Schulungen der Kolleg/innen in der Servicestelle gelungen.

Vor Aufnahme in eine stationäre Einrichtung erfolgt eine Begutachtung durch eine diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegeperson im Sinne eines Assessmentverfahrens. Im Rahmen der Begutachtung wird eine Beratung durchgeführt. Dadurch ist eine kundenfreundliche Vorgangsweise mit Berücksichtigung des Klientenwunsches und der effizienten Zuordnung zu entsprechenden stationären Einrichtungen, sowohl in städtische wie auch in private Pflegeeinrichtungen, nach Ausschöpfung der ambulanten Betreuung, möglich.

Rechtsbüro

Im Oktober 2001 wurde das Rechtsbüro geschaffen, das für alle Rechtsangelegenheiten zuständig ist, für die keine andere ausdrückliche Zuständigkeit vorliegt. Ein Bedarf ist gegeben, weil der mündige Bürger kritisch geworden ist und die Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen der Behörde

und deshalb die Bekanntgabe der Rechtsgrundlagen wünscht. Allein im Vorfeld von Anträgen auf Gewährung von Hilfe wurden im Jahre 2002 ca. 900 derartige telefonische Auskünfte erteilt.

Die im Jahre 2002 ergangenen ca. 490 mündlichen, schriftlichen und telefonischen Stellungnahmen zu Fragen des Fachbereichs Aufnahme in Wohn- und Pflegeheime betreffen hauptsächlich Probleme der örtlichen Zuständigkeit, pfandrechtliche Sicherstellungen, Bewertung von Liegenschaften, Fruchtgenussrecht, Ausgedinge und Indexberechnungen.

Der Bereich Leistungs- und Beitragsverrechnung stationärer Dienste wird durch Erstellung von Bescheiden und Vergleichen sowie persönliche Beratungen unterstützt. Ein immer umfangreicheres Ausmaß nimmt die Tätigkeit im Zuge von Anfechtungen von Schenkungsverträgen und vermögensrechtlichen Fragen an. Mit der zuständigen Buchhaltungsabteilung wurden Probleme beim Einbringen von Beitragsrückständen durch Rückersatzbescheide oder Mahnklagen erörtert.

15-mal hat das Rechtsbüro die Abteilung bei Zivil- und Straferichten vertreten und anwaltschaftlich 12 Klagen eingebracht. 30 Vorstellungen gegen Mandatsbescheide wurden bearbeitet. Seitens des Rechtsbüros wurden 870 Verlassenschaften von den in privaten Pflegeheimen aufhältig gewesenen Personen in Evidenz gehalten und bei 180 der Rückersatz eingefordert.

Aufsicht über Wohn- und Pflegeheime

Auf Grund eines Auftrags der Stadträtin für Gesundheits- und Spitalswesen, Dr. Pittermann-Höcker, wurden – unabhängig von den routinemäßig bzw. wegen Beschwerden durchgeführten Kontrollen – alle privaten Wohn- und Pflegeheime (73 Einrichtungen) hinsichtlich **Brandsicherheit und Evakuierungsmöglichkeit überprüft**. Im Hinblick auf die Wahrnehmung der behördlichen Aufsicht in den städtischen Geriatriezentren wurden dort Präsentationsveranstaltungen abgehalten. Weiters ist die Mitarbeit bei einer Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Heimgesetzes und einer in diesem Zusammenhang zu erlassenden Verordnung anzuführen. In Besprechungen seitens des Bundes bzw. der Verbindungsstelle der Bundesländer betreffend das Inkrafttreten eines Heimaufenthaltsgesetzes und eine Novellierung des Konsumentenschutzgesetzes war die Abteilung ebenfalls eingebunden.

Qualitätssicherung der externen Sozialen Dienste

Die Beauftragung der privaten Wohlfahrtsorganisationen im Einzelfall muss durch die Sicherstellung der Qualität der Leistung der privaten Träger ergänzt werden. Die wichtigste Handhabe dazu ist das Wiener Heimhilfegesetz (WHHG), das u. a. zwingend eine Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter/innen dieser Berufsgruppe vorsieht. Darüber hinaus gibt das Gesetz die Möglichkeit für eine organisatorische und fachliche Überprüfung, insbesondere der Qualifikations- und Fortbildungs-

nachweise und der Betriebsmittel. 2002 wurden in diesem Zusammenhang 32 Heimhilfeeinrichtungen und 11 Aus- und Fortbildungsbetriebe überprüft.

Finanz und Verrechnung

Im Jahr 2002 wurden die folgenden betrieblichen Aufgaben zu dem kaufmännischen Bereich „Finanz und Verrechnung“ zusammengeführt:

- Verrechnung und Rückstandsbearbeitung von Kostenbeiträgen für ambulante soziale Dienste, soweit sie nicht dezentral in den Außenstellen erfolgt;
- die Verrechnung der Kostenbeiträge für Kund/innen in stationärer Pflege – vorläufig noch getrennt in zwei Gruppen, eine für die privaten und eine für die städtischen Pflegeheime;
- die Leistungsverrechnung mit den zur Leistungserbringung beauftragten Organisationen;
- das Finanzcontrolling;
- Steuerung und Verwaltung der finanziellen Mittel.

Dieser Bereich gliedert sich, neben dem für allgemeine Finanzfragen zuständigen Teil, in je einen speziellen Bereich Controlling und Verrechnung für die ambulanten Pflegeeinrichtungen einerseits und die stationären andererseits. Das Budgetvolumen der Abteilung lag 2002 bei 380 Mio. EUR Ausgaben und 140 Mio. EUR Einnahmen.

Controlling, Leistungs- und Beitragsverrechnung stationärer Dienste

Im Bereich Controlling, Leistungs- und Beitragsverrechnung stationärer Dienste wird die Verrechnung städtischer und privater Wohn- und Pflegeheime geführt. Die Verrechnung der Pflegeleistungen in städtischen Häusern wurde am 1. Juli 2001 von der Abteilung übernommen. Mit diesen werden alle Kostenbeiträge automatisiert verrechnet und über die Buchhaltung vorgeschrieben. Für die Kund/innen der Abteilung bedeutet dies eine rasche Bearbeitung und eine hohe Qualität der Rechnungslegung. Durchschnittlich befinden sich 5.200 Kund/innen pro Tag in den Wiener Städtischen Pflegeheimen, insgesamt sind 2002 8.400 Personen abgerechnet worden.

Für 2004 ist geplant, dieses neue Verrechnungsprogramm auch für die privaten Heime einzusetzen. 2002 wurden in 36 privaten Wohn- und Pflegeheimen durchschnittlich für 1.657 Patient/innen Kostenzuschüsse geleistet. Im Institut Haus der Barmherzigkeit wurden im Durchschnitt 450 Patient/innen betreut und erhielten Zuschüsse. Durchschnittlich 290 Wiener/innen befanden sich in Wohn- und Pflegeheimen in den Bundesländern. In den 32 Häusern des Kuratoriums Wiener Pensionisten-Wohnhäuser wurden 158 Personen in Langzeitpflege und 34 Patient/innen in Kurzzeitpflege Zuschüsse in der B-Station gewährt.

Controlling, Leistungs- und Beitragsverrechnung ambulanter Dienste

Im Jahr 2002 haben 12 Organisationen soziale Dienste im Auftrag der Stadt Wien erbracht. Es

wurden u. a. folgende Dienste angeboten: Heimhilfe und Hauskrankenpflege, Reinigungsdienst, Besuchsdienst und Kinderbetreuung mit insgesamt rund 4.310.000 Betreuungsstunden. Dazu kommen noch rund 8.200 Zustellungen für die Wäschepflege und rund 1.400.000 Zustellungen von Essen auf Rädern. Insgesamt konnten 21.750 Personen mit sozialen Diensten betreut werden.

SozialRuf Wien – 533 77 77

Der SozialRuf Wien bietet telefonische Erstberatung in Problemsituationen an. Er veranlasst Hilfsmaßnahmen wie z. B. den Einsatz sozialer Dienste und pflegerische Notversorgung. Weitere mögliche Hilfen sind sozialarbeiterische Beratung und Akutintervention sowie telefonische Krisenintervention für Menschen in akuten Lebenskrisen. Im Jahr 2002 wurden von den Mitarbeiter/innen des SozialRufs Wien 50.399 Telefonate geführt.

Das Internetservice **sozialinfo.wien.at – Hilfe von A-Z** stellt ein umfangreiches Informationssystem in allen sozial relevanten Fragen dar. Im Jahr 2002 wurden 330.700 Seiten abgefragt, das ist eine Steigerung auf mehr als 220 Prozent des Vorjahreswertes. Auf Basis dieser Sozialdatenbank startete mit 1. September 2002 das EU-Projekt „EUSODA – Europäische Sozialdatenbank“. Dabei soll ein mehrsprachiges, europaweites System zur Verknüpfung regionaler und lokaler Informationssammlungen entwickelt werden.

Stabsstelle Fort- und Weiterbildung

Im Jahr 2002 war die Unterstützung der Weiterführung von Veränderungs- und Umstrukturierungsprozessen innerhalb der Abteilung die grundlegende Zielsetzung. 92 Mitarbeiter/innen wurden im Rahmen eines interdisziplinären Schulungsangebots eingebunden und geschult. Die Einschulungsinhalte dienten dazu, die Veränderungsprozesse der Abteilung transparenter zu machen sowie einen möglichst einheitlichen Wissensstand zu vermitteln. Dadurch wurde auch eine Unternehmenskultur geschaffen, welche die Kommunikation (Corporate Communication), das Verhalten (Corporate Behaviour) und die Identität (Corporate Identity) zum gemeinsamen Erfolg stärkt.

Die Stabsstelle Fort- und Weiterbildung entwickelt halbjährlich ein bedarfsorientiertes, interdisziplinäres bzw. fachspezifisches Bildungsprogramm, welches von allen Berufsgruppen in hohem Maße genutzt wurde. Zusätzlich wurden auch die Angebote der Verwaltungsakademie wahrgenommen und zahlreiche externe Veranstaltungen besucht. Eine neu erstellte Datenbank ermöglicht einen raschen Überblick über Fort- und Weiterbildungsaktivitäten der Mitarbeiter/innen. Zusätzlich wurde im Jahr 2002 für Zivildienstleistende, welche der Abteilung zugeteilt wurden, ein eigenes Einschulungsprogramm entwickelt.

Stabsstelle EU-Förderangelegenheiten

Im eContent Programm der Europäischen Union (Schaffung eines verbesserten Zugangs zu digita-

len Inhalten im Internet, Mehrsprachigkeit in der multikulturellen europäischen Gesellschaft) wurde gemeinsam mit acht europäischen und einer österreichischen Partnerorganisation der Projektantrag „Europäische Sozialdatenbank“ (EUSODA) eingebracht, der im August 2002 von der Europäischen Kommission genehmigt wurde. Die Stabsstelle leitet seither dieses internationale Projekt.

Darüber hinaus vertrat die Stabsstelle die Abteilung in drei **Entwicklungspartnerschaften** der Gemeinschaftsinitiative Equal: „Integrations Info Service“ (Entwicklung eines muttersprachlichen Beratungsangebots für ältere Migrant/innen), „Arbeitsfähigkeit erhalten“ (Durchführung eines Pilotprojekts im Rahmen des Moduls Berufliche Gesundheitsförderung in der Mobilen Pflege und Betreuung) und „Wohnen und Arbeiten“ (Entwicklung der Berufe Hausbetreuung und Hausmanagement unter Einbeziehung haushaltsnaher Dienstleistungen für Menschen mit Betreuungsbedarf). Die Stabsstelle nimmt in diesen Projekten zahlreiche Funktionen, wie z. B. transnationales Management, Gender Mainstreaming, Implementierung, Evaluationsvorbereitung und andere operative und strategische Aufgaben wahr.

Gemeinsam mit der MA 15 wurde das **Gesundheitsnetzwerk Wien-Bratislava** konzipiert und als Projekt im Rahmen des INTERREG-Programms eingebracht. Auch dieses Projekt wurde 2002 genehmigt und ist seither in Umsetzung. In Zusammenhang mit der Planung einer gemeinsamen Enquête zum Thema „Selbstbestimmung und soziale Integration in jedem Lebensalter“ fanden mehrere Kontakte mit der Stadt Bratislava sowie den slowakischen Ministerien für Gesundheit und Soziales statt.

Die Vertretung der Stadt Wien im Social Welfare Committee des Städtenetzwerks EuroCities bildete einen weiteren Aufgabenschwerpunkt. Im Rahmen des Diversity Managements der Stadt Wien übernahm die Stabsstellenleiterin die Funktion der Integrationsbeauftragten.

Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien (MA 70)

Bauliche Maßnahmen zur Erhaltung und Modernisierung der Wiener Rettungstützpunkte

- Die Generalsanierung des Hauptgebäudes der Rettungszentrale (erbaut 1897) wurde 2002 abgeschlossen.
- Der Ausbau und die Generalsanierung der Rettungsstation Penzing wurde im Rahmen des vorgegebenen Termin- und Kostenrahmens fortgesetzt.
- Für die Zusammenlegung der Rettungsstation Hernals und der benachbarten Sanitätsstation 17 wurde auf Grund eines Architektenwettbewerbs ein auch dem Bundesdenkmalschutz gerechtes Projekt mit Gesamtkosten von 3.915.000 EUR ausgewählt.
- Das „Public-Private-Partnership-Projekt“ für die Erneuerung oder einen Neubau der einsatz-

stärksten Rettungsstation der MA 70 – der Rettungsstation Mariahilf mit rund 19.800 Einsätzen pro Jahr – wurde gemeinsam mit der MD-BD fortgesetzt.

Die technische Betriebsleitung der MA 70 ist in das Bürohaus auf dem Betriebsgelände „Arsenal“ eingezogen. Die ehemaligen Räumlichkeiten der technischen Betriebsleitung in 12., Pirkebnerstraße 2–4, werden in Zukunft vom Referat Wirtschaft genützt.

Wesentliche Investitionen zur Erhaltung und Verbesserung des Rettungsbetriebes

Der Fuhrpark ist für den Rettungsbetrieb der wichtigste Bereich. Aus diesem Grund werden alljährlich die ältesten Fahrzeuge ausgeschieden und durch Fahrzeuge der neuesten Technik ersetzt. Im Jahr 2002 konnten neun Einsatzfahrzeuge gegen neue ausgetauscht und fünf Fahrzeuggrundtypen angeschafft werden (Gesamtkosten rund 1 Mio. EUR). Für die neuen Rettungsfahrzeuge wurde auch das dafür notwendige medizinische Inventar angeschafft, wobei bei der Beschaffung dieser Geräte (z. B. Defibrillatoren, Absauggeräte etc.) besonderes Augenmerk auf eine einheitliche Ausstattung und auf die neueste Gerätegeneration gelegt wurde.

Ein Schwerpunkt im Berichtsjahr 2002 war auch die komplette Neueinrichtung der generalsanierten Rettungszentrale. Weitere Investitionen wurden zur Verbesserung der EDV-Ausstattung der MA 70 getätigt.

Allgemeines

Die jahrelange Mitarbeit der MA 70 an einem neuen Bundesgesetz über die Ausbildung, Tätigkeiten und den Beruf der Sanitäter wurde mit dem 30. Bundesgesetz, ausgegeben am 18. Jänner 2002, erfolgreich abgeschlossen.

Die MA 70 konnte im vergangenen Jahr 153.702 Einsätze verzeichnen. Das sind um 7,65 Prozent mehr als im Jahr 2001. Davon entfielen rund 66 Prozent auf Rettungstransportwagen, 15 Prozent auf Notarztwagen und 17 Prozent auf Notarzteinsatzfahrzeuge. Der Notarzhubschrauber „Christophorus 9“, der gemeinsam vom ÖAMTC und der MA 70 für den Wiener Raum und Teile des nordöstlichen Niederösterreich betrieben wird, hat 980 Einsätze verzeichnet.

Die Vorarbeiten für die Errichtung einer neuen Notrufeinsatzleitstelle „144“ für Wien wurden mit der Erstellung eines Pflichtenheftes für die Ausschreibung und Vergabe abgeschlossen.

Im Fachjournal „Die Berufsretter“ informiert die MA 70 zweimal jährlich über wichtige Neuerungen, Trends und Serviceleistungen der Wiener Rettung.

Magistratsabteilung für Angelegenheiten der Landessanitätsdirektion (MA-L)

Die MA-L ist als strategische Grundsatzabteilung konzipiert. Ihre Aufgaben umfassen hauptsächlich die zahlreichen Angelegenheiten der Landessani-

tätsdirektorin sowie die medizinisch-fachliche Beratung in wichtigen das Land Wien betreffenden Gesundheitsfragen. Im Berichtsjahr 2002 wurde weiterhin vermehrtes Augenmerk auf Vorkehrungen gegen den Bioterrorismus gesetzt. So wurden entsprechende Planungsarbeiten sowie koordinierende Tätigkeiten in der Erarbeitung von umfassenden Konzepten zur Bekämpfung von möglichen Bedrohungsszenarien, hauptsächlich gegen Pocken, aber auch gegen allgemein zu erwartende Bedrohungen, wie eine Influenza-Pandemie, durchgeführt.

In ihrer Funktion als Wiener Landessanitätsdirektorin ist die Abteilungsleiterin auch **Vorsitzende des Landessanitätsrates für Wien**. 2002 wurden drei weitere außerordentliche Mitglieder vom Landeshauptmann in dieses Gremium bestellt. Somit setzt sich der Landessanitätsrat derzeit aus insgesamt 23 Mitgliedern zusammen, davon 15 außerordentlichen Mitgliedern. Im Berichtsjahr wurde über sechs zu besetzende Primariate bzw. Neubesetzungen von ärztlichen Abteilungsvorstandsposten beraten und Gutachten erstellt. Weiters wurde die Besetzung der Stelle eines teilbeschäftigten Facharztes für Neurologie und Psychiatrie oder Psychiatrie und Neurologie beurteilt. Als Vorarbeit wurden von der Landessanitätsdirektorin über 30 Vorstellungsgespräche mit Bewerbern für die Primariate geführt.

Das bundesweite Kollegium der Landessanitätsdirektoren tagte im Berichtsjahr in vier Konferenzen, wobei innerhalb von zehn Tagen insgesamt 107 Beratungspunkte behandelt wurden. Diese Themen wurden in der Abteilung in Zusammenarbeit mit zahlreichen magistratsinternen und -externen Stellen vorbereitet und nach den Sitzungen aufbereitet. Viele der Inhalte sind von allgemein österreichweiter Bedeutung, wie z. B. die Frage der **Errichtung einer Hochsicherheitsisolier-einheit (HSI)** zur Behandlung hochinfektöser Patienten. Die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung ist nunmehr fachlich und sachlich unbestritten. Als Standort wurde Wien beschlossen. Zur Finanzierungsfrage wurde seitens des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen (BMSG) eine Vergleichsstudie über die Kosten verschiedener Nutzungsvarianten in Auftrag gegeben. Angesichts der herrschenden geopolitischen Situation wurde in den Sitzungen der Landessanitätsdirektoren auch über Bioterrorismus und chemische Kampfstoffe sowie über Pockenimpfstoffankauf beraten.

Andere Themen ergaben sich aus tagesaktuellen gesundheitspolitischen Diskussionen, wie z. B. die Sinnhaftigkeit der Errichtung einer Nabelschnurblutbank mit öffentlicher Förderung. Sonstige Beratungspunkte wiederum betrafen praxisbezogene Probleme der Bundesländer, wie z. B. das Umgehen mit Tuberkulose in Polizeianhaltstellen, freiberufliche Ausübung von gehobenen medizinisch-technischen Diensten oder Sicherheit von Reisebussen, Großunfälle etc.

Von besonderer Bedeutung war das im Jahr 2002 wieder aufgegriffene Thema der „Neupositionie-

„rung des öffentlichen Gesundheitsdienstes“. Die eminente Bedeutung des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) wird vielfach in einer Rolle als „dritte Säule des Gesundheitswesens“ neben den Krankenanstalten und dem niedergelassenen Bereich gesehen. Es ergibt sich ein dringender Orientierungs- und Handlungsbedarf zur österreichweiten Vereinheitlichung der Ausbildung der Amtsärzte. So müssen entsprechend dem medizinischen Fortschritt und sich wandelbarer Gesetzesvorgaben neue Bereiche und Aufgaben vom ÖGD übernommen werden, wie z. B. Pflegebelange, epidemiologische Netzwerke, Umweltschutz, Terrorismus, Gesundheitsförderung etc. In diesem Sinne ist es allen Landessanitätsdirektoren ein Anliegen, größtmöglich einheitlich eine Neugestaltung anzugehen. Das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG) hat sich über einen entsprechenden Auftrag des BMSG zur Ausarbeitung eines umfassenden Konzeptes über die Zukunft des ÖGD bereit erklärt.

In der ersten Jahreshälfte stellte die **Leitung der Ethikkommission der Stadt Wien** durch die Landessanitätsdirektorin einen weiteren Schwerpunkt dar. Entsprechend den EU-Vorgaben wurde schon 2001 eine einheitliche Ethikkommission sowohl für die Krankenanstalten der Unternehmung Krankenanstaltenverbund, als auch für die klinischen Prüfungen außerhalb der Krankenanstalten, gemäß dem Krankenanstaltengesetz, Arzneimittelgesetz und Medizinproduktegesetz eingerichtet. Es wurde nun eine neue offizielle Geschäftsordnung ausgearbeitet und die Genehmigung dieser Geschäftsordnung durch die zuständigen Gremien vorbereitet. Gleichzeitig fanden bis Juni 2002 sieben ganztägige Sitzungen statt, in denen 86 umfangreiche Anträge bearbeitet wurden. Angesichts der prekären Personalressourcen der MA-L stellte diese Tätigkeit eine enorme Mehrbelastung dar.

Seitens der MA-L wurden 2002 wieder zahlreiche **repräsentative Aufgaben in Vertretung der Stadtverwaltung**, wie Diplomfeiern, Amtseinführungen, Ehrenzeichenvergaben etc. – zum überwiegenden Teil von der Landessanitätsdirektorin persönlich – wahrgenommen. Weiters wurde an knapp 100 Sitzungen von Kommissionen, Arbeitsgruppen, Ausschüssen, Qualitätszirkeln etc. mitgearbeitet bzw. wurden solche geleitet, zumal die Landessanitätsdirektorin als Mitglied bzw. Vorsitzende von rund 30 Gremien fungiert. Speziell erwähnenswert ist hier der Endbericht einer Arbeitsgruppe zur Installierung eines österreichweiten **Influenza-Meldesystems**, die vom Obersten Sanitätsrat der Wiener Landessanitätsdirektorin zur Leitung übertragen worden war. Nach zahlreichen Sitzungen wurde ein umfassender abschließender Bericht mit ausgearbeiteten Empfehlungen an das BMSG verfasst. Aus diesen Empfehlungen geht hervor, dass das seit Jahren installierte und bewährte Influenza-Meldesystem in Wien und Graz weitergeführt werden soll. Analog dazu soll das Influenza-Meldesystem noch auf die Standorte Linz und Innsbruck erweitert werden, dort aber in einer moderneren, an die heutigen EDV-Möglichkeiten angepassten Form. Der Kern

dieses Meldesystems soll an allen vier Standorten von einer Gruppe von Sentinella-Ärzten gebildet werden. Mit diesem Meldedienst kann in Österreich rasch der Beginn einer Influenza-Epidemie festgestellt werden und somit können rechtzeitig vorbeugende Maßnahmen gesetzt werden.

Die MA-L arbeitete im Jahr 2002 in zahlreichen neuen Arbeitsgruppen mit, wie z. B. in der ÖBIG-Arbeitsgruppe „Aus- und Weiterbildung drogenrelevanter Berufsgruppen“, dem ÖBIG-Projekt „MTD-Qualitätskriterien“, in der „Pockenlogistik-Arbeitsgruppe“ im BMSG, in der Arbeitsgruppe „Influenza-Pandemieplanung“ im BMSG und im „Expert/innenbeirat“ zum Wiener Frauengesundheitsprogramm.

Weiters wurde an acht Begehungen einer nach dem Wiener Veranstaltungsgesetz vorgeschriebenen Theaterkommission teilgenommen. Im Rahmen einer Ärztekommision beim Militärkommando Wien, welche ein öffentliches Interesse für den Aufschub vom Militärdienst bzw. Kaderübungen für Ärzte laut Wehrgesetz erwägen soll, gab die Wiener Landessanitätsdirektion Stellungnahmen für zwölf Ärzte ab, wobei 9-mal ein öffentliches Interesse bestätigt wurde.

Im Jahr 2002 wurde beim Wiener Physikatskurs als vorgeschriebene Amtsarztausbildung die **Vorsitzstätigkeit der Prüfungskommission** bei 72 Prüfungen sowie die Betreuung der Prüfungskandidaten im Studienjahr 2001/2002 wahrgenommen.

Im Berichtsjahr wurde entsprechend der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien einer weiteren Hauptaufgabe der MA-L, nämlich der **Beratung in wichtigen, das Land Wien betreffenden Gesundheitsfragen** größte Aufmerksamkeit geschenkt. Es wurden über 80 Beratungsthemen ausführlich behandelt, darüber hinaus wurden 74 Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen abgegeben. Zusätzlich wurde diesmal zu 23 Anregungen zur Erwirkung einer sichtbaren Auszeichnung für Personen im medizinischen Bereich Bezug genommen. Die behandelten Beratungsthemen waren inhaltlich sehr unterschiedlich, zum Teil flossen sie in die verschiedenen Arbeitsgruppen und Ausschüsse ein, zum Teil dienten sie zur Meinungsbildung für die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe für Gesundheits- und Spitalwesen und andere magistratsinterne und -externe Stellen.

Die wahrzunehmenden Aufgaben der MA-L standen aber 2002 zur Gänze im Schatten der schon 2001 begonnenen Bedrohung durch den Bioterrorismus: Anthraxalarm-Einsätze der Gesundheitsbehörde fanden, wenn auch zunehmend seltener, bis in den Spätsommer 2002 statt und waren allesamt Fehlalarme. Die MA-L nahm eine Evaluierung der Hauptphase der Bekämpfungsaktion vor, die Erkenntnisse darüber flossen auch in einen Endbericht und in einen ausführlichen Artikel, der von der Landessanitätsdirektion unter dem Titel „Anthraxalarm in Wien“ in den Mitteilungen der Sanitätsverwaltung publiziert wurde, ein. Weiters wurden die **Planungsarbeiten der MA-L zur Be-**

kämpfung der Bioterrorbedrohung durch zahlreiche potentielle Erreger und Toxine intensiviert. Speziell für das Auftreten von pockenverdächtigen Sendungen und für einen potentiellen Pockenerkrankungs-Verdachtsfall wurden Vorgangsweisen, Ablaufdiagramme und Merkblätter er- bzw. überarbeitet und vervollständigt. Dazu wurden weiters zwecks medizinischer Koordination der operativen Abläufe strategische Vorgaben ausgearbeitet und in zwei Arbeitssitzungen mit allen involvierten Dienststellen unter Leitung der Landessanitätsdirektion akkordiert.

Schließlich kaufte das BMSG zur Vorsorge Pockenimpfstoff an und es wurde von dort eine „Pocken-Logistik-Arbeitsgruppe“ eingerichtet, in welcher die Wiener Landessanitätsdirektorin den Ballungsraum der Bundeshauptstadt vertrat. Die Überlegungen und Beratungen, die in dieser Arbeitsgruppe stattfanden, nämlich zur Krankheit und Epidemiologie, zum Impfstoff mit seinen Nebenwirkungen, zum optimalen Zeitpunkt für den Beginn der Impfungen und zur Frage des Schlüsselpersonals, das primär geimpft werden sollte, sowie zur Verteilung des Impfstoffs im Anfall, weiters zur praktischen Durchführung der Impfung etc. wurden in der Wiener Landessanitätsdirektion aufbereitet. Die sich daraus für das Land Wien ergebenden konkreten Aufgaben und Konsequenzen wurden mit den in Wien involvierten Abteilungen und Institutionen besprochen und die Ergebnisse dieser Beratungen wiederum flossen sowohl als Input in die Landessanitätsdirektorenkonferenzen des Jahres 2002 als auch in die finalisierenden Überlegungen des BMSG ein, die inzwischen in einem **Bundes-Pockenalarmplan** konkretisiert worden sind. Dieser Bundespockenalarmplan gibt in Form eines „Manuals“ den Rahmen für die Vorgangsweise in den einzelnen Ländern vor.

Im Berichtsjahr 2002 setzte die MA-L ihre **medizinische Forschungstätigkeit** in Kooperation mit der Technischen Universität Wien (TU-Wien) fort. Zur Intensivierung der Kooperation zwischen den an der TU-Wien mit biomedizinischen Problemen befassten Arbeitsgruppen sowie zur Förderung der Kooperation mit Stellen des öffentlichen Gesundheitswesens, der Gesundheitspolitik und den Kliniken wurde zur Bündelung von Synergien die „Wiener Forschungsgruppe für Demenzvorsorge“ unter der Leitung von Herrn Univ.-Prof. Dr. Dal Bianco (AKH) gegründet. In dieser Forschungsgruppe obliegt der MA-L/TU-Bio-Med. die Koordination und strategische Planung der Forschung sowie die Neurochemie.

Im Jahr 2002 wurde im Rahmen der Demenzvorsorgeforschung eine weltweit erste Screeningstudie von der MA-L/TU-Bio-Med. begonnen. In dieser Studie soll in einem Beobachtungszeitraum von zwei Jahren bei ausgewählten Patienten die Validierung der klinisch-diagnostischen Verwendung eines ALZASELISA-Tests als spezifischer Serum-Biomarker für die Früherkennung der Alzheimerkrankheit geprüft werden. Erste positive Ergebnisse wurden bereits im „Journal of Neural Transmission“ publiziert und bei der „8th Interna-

tional Conference on Alzheimer's Disease and Related Disorders“ in Stockholm mittels einer Posterpräsentation veröffentlicht. Das ALZAS-Projekt wurde im November 2002 beim „Medizinisch-wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien“ eingereicht.

Das 2001 begonnene Nationalbankprojekt Nr. 6978/1 „Membranabbau und Lipidmediatoren in neurodegenerativen Erkrankungen“ wurde 2002 fortgesetzt und ist bis November 2003 verlängert worden.

Das schon im Jahr 2001 begonnene Projekt COST-D13 „New Molecules Towards Human Health Care“ wurde im Berichtsjahr fortgeführt. Die in diesem Projekt synthetisierten Substanzen wirken membranstabilisierend und beeinflussen im Tiermodell die serotonerge und dopaminerge Neurotransmission. Das Projekt wurde auf weitere drei Jahre bis Ende 2005 verlängert. Erste Ergebnisse wurden im EU COST-D13 Workshop in Florenz (April 2002) mittels der Posterpräsentation „IATROSCAN – Method for the Determination of Lipid Profiles“ veröffentlicht.

Auch an mehreren anderen nationalen und internationalen Workshops und Kongressen wurde teilgenommen, so z. B. zweimal in Schweden: „8th International Conference on Alzheimer's Disease and Related Disorders“ und an den Spezialsymposien diverser Pharmafirmen im Karolinska Institut in Stockholm, ein anderes Mal in Padua zur Vorbereitung des „Memorandum of Understanding“ für das Projekt COST Aktion 633.

Die personelle Situation der Abteilung blieb im Berichtsjahr 2002 mit insgesamt 11 Personen, davon fünf Amtsärzt/innen unverändert. Um den verschiedensten Ansprüchen auf höchstem qualitativen Niveau zu entsprechen, wurden von den Amtsärzt/innen überdurchschnittlich viele Fortbildungen absolviert. Wegen der prekären personellen Situation im Verhältnis zu den mannigfaltigen Anforderungen wurde im Berichtsjahr ein Antrag auf einen zusätzlichen Amtsarztposten für die Bewältigung der Aufgaben im Zusammenhang mit der Vorsitzführung der in Wien neu installierten Ethikkommission gestellt und in der Folge diese Agende einer anderen Magistratsabteilung übertragen.

Bereichsleitung für Gesundheitsplanung und Finanzmanagement (BGF)

Die Bereichsleitung für Gesundheitsplanung und Finanzmanagement ist in den Bereich Gesundheitsplanung, den Bereich Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsförderung, Geschäftsstelle „Wien – Gesunde Stadt“ sowie in den Bereich Finanzmanagement und Budgetkoordination gegliedert.

Gesundheitsplanung

In der Gesundheitsplanung lag der Schwerpunkt des Jahres 2002 in der Entwicklung des **Wiener Krankenanstalten- und Großgeräteplanes (WKAP/GGP)**, der in der Folge als Verordnung der Wiener Landesregierung erlassen wird. In diesem

Gesundheits- und Spitalwesen

Zusammenhang wurden auch Grundlagen für die Weiterentwicklung der **psychiatrischen Versorgungsplanung** erstellt.

Im Hinblick auf die Entwicklung des Pflegebedarfs älterer Menschen in Wien wurde die Entwurfsphase des Pflegeheimgesetzes initiiert. Das Pflegeheimgesetz befindet sich derzeit in der Begutachtungsphase. Darüber hinaus war die Gesundheitsplanung beratend an der Erstellung einer Studie zum Leistungsangebot für Senioren in Wien beteiligt und hat eine Koordinationsrolle für die Planung der Weiterentwicklung in diesem Sektor übernommen. Gemeinsam mit dem Dachverband der Pflege- und Sozialdienste sowie den Pflegedirektor/innen der großen Heimträger wurde ein Programm im Hinblick auf die **Personalsituation** im Sektor Pflege entwickelt.

Im Herbst 2002 fiel der Startschuss für das Modellprojekt **„Patientenorientierte integrierte Krankenbetreuung in Wien 14.–17. Bezirk (PIK)“**. Das Projekt wird bis Ende 2004 laufen und ist ein Kooperationsprojekt mit dem Krankenanstaltenverbund, der Wiener Gebietskrankenkasse sowie den Gesundheitseinrichtungen des 14., 15., 16. und 17. Bezirks.

Der Vernetzung, dem Wissenstransfer und dem Erfahrungsaustausch dient das Projekt **„Wiener Informationsnetzwerk – Gesundheitsförderung in Wiener Spitälern und Pflegeheimen“** (www.univie.ac.at/oengk/infonet.html).

Gesundheitsberichterstattung

Von der Gesundheitsberichterstattung wurde der jährliche Wiener Gesundheitsbericht erstellt und publiziert. Als Spezialbericht erschienen der **„Wiener Jugendgesundheitsbericht 2002“**. Zudem befinden sich die Arbeiten **„Mikrozensus 1999 –**

Ergebnisse zur Gesundheit in Wien“, **„Mortalität und Lebenserwartung in Wien“** und die Broschüre **„Gesundheit in Wien“** in der Fertigstellungsphase. Im Anschluss zur Publikation des **„Wiener Gesundheits- und Sozialsurvey 2000/2001“** wurde ein Tabellenband erstellt. Die Gesundheitsberichterstattung ist weiters in magistratsexternen Arbeitsgruppen (z. B. Ländergesundheitsberichterstattung oder Fachbeirat für Gesundheitsstatistik) vertreten, aber auch für die Erstellung von Expertisen und für epidemiologische und gesundheitsstatistische Beratungen zuständig. Die Berichte der Gesundheitsberichterstattung sind unter www.wien.gv.at/who/berichte/index.htm im Internet zugänglich.

Gesundheitsförderung

Im Rahmen des von der Gesundheitsförderung im Jahr 2001 initiierten **Programms „Ein Herz für Wien“** fanden im 1. Quartal 2002 der 2. Wiener Herzinfotag und die 3. Herzenquete statt. Die **„Wiener Herzbox“** war in einer Neuauflage von 25.000 Stück in Wiener Apotheken im Rahmen einer Aktionswoche erhältlich. Anlässlich dieser Neuauflage wurde die Informationsbroschüre **„Mein Herz – Der persönliche Wegweiser zu Ihrer Herzgesundheit“** überarbeitet und mit 35.000 Stück neu aufgelegt. Im November 2002 fand die **1. Wiener Herz und Seele Enquete** statt, die einen Überblick über die Bedeutung von psychosozialen Faktoren in der Entstehung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen gab.

Ergänzt wurden diese öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten zum Thema **„Herz-Kreislauf-Prävention“** durch **bevölkerungsnahen Programme**, darunter die **„Walking Miles“**, der **„Stadtwanderclub“**, das Projekt **„Altern mit Hirn und Herz“** und die **„Blutdruckdetektive“** am Wiener Donauinsselfest.

Bei der Pressekonferenz zum Weltherztag wurde die 1. Phase von **„Wien isst gesund“** vorgestellt. Mit Hilfe von eigens geschulten Ernährungswissenschaftler/innen und **„Modellrezepten“** sollen Köche und Köchinnen zum Umdenken bewegt werden. 40 Gastronomiebetriebe haben dabei die Teilnahmevereinbarungen akzeptiert. Ziel ist es, Wiener Spezialitäten herzfrequenter zu machen.

Im Bereich **Unfallverhütung** wurden die Schwerpunkte aus den Vorjahren fortgesetzt: **„Sicher gehen über 60“** und **„Josefstadt – ganz schön sicher“**. Weitere Kooperationsprojekte waren **„Zahngesundheitsförderung in Wiener Schulen und Kindergärten“**, der **„Diabeteslauf“**, zur Sekundärprävention bei Diabetespatienten, der **Rheumatag**, der **Rehabilitationstag** und der **Osteoporosetag**.

Neben öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen wie z. B. den **Männergesundheitstagen**, die jedes Jahr im Februar im Wiener Rathaus stattfinden, und dem Aktionstag **„Der Krebsstag – Leben mit Krebs“**, wurden auch 2002 wieder der **Ignatius Nascher Preis** im Zuge des Wiener Internationalen Geriatriekongresses und der **Gesundheitspreis der Stadt Wien** vergeben. Zusätzlich wurde der Inter-

Ein Herz für Wien Unser Programm für Ihr gesunde

Gesundheitstelefon: 01/533 28 28

Unsere Homepage: www.wien.at/herz/

Worauf Sie achten sollten:

- Bis zu einem Wert von 135 zu 85 mm Hg gilt der Blutdruck als normal.
- Der Idealwert des Gesamt-Cholesterins liegt unter 200 mg/dl.
- Gehen Sie ein Mal pro Jahr zur Gesundheitsuntersuchung.
- Pro Tag sollten Sie eine halbe Stunde gehen, um Ihren Körper zu bewegen.
- Essen Sie 5x am Tag Gemüse. Sie sollten als 400 g zu sich nehmen.
- Bleiben bzw. werden Sie NichtraucherIn.

StadT + Wien

Foto: Votava / PID

Die 1. Wiener Herz und Seele Enquete wurde von Gesundheitsstadträtin Prim. Dr. Elisabeth Pittermann eröffnet.

nationale Sigmund Freud Preis der Stadt Wien verliehen.

In Zusammenarbeit mit der Universitätsklinik für Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters am AKH wurde ein Konzept zum Modellprojekt „Verbesserung der Versorgungslage der Migrant/innen im psychosozialen Bereich“ erstellt. Im Rahmen des EU-Projekts Megapoles wurde die Zusammenarbeit der teilnehmenden Städte zum Thema „Jugend und Alkohol in Wien“ begonnen. Gemeinsam mit dem Büro der Wiener Frauengesundheitsbeauftragten und der Weltgesundheitsorganisation fand im September 2002 die internationale Konferenz „Gender and Health“ im Rathaus statt.

„Wien – Gesunde Stadt“

Schwerpunkt im Rahmen der Tätigkeit des WHO-Projekts „Wien – Gesunde Stadt“ war auch 2002 die Fortsetzung des Projekts „Wiener Netzwerk – Gesundheitsfördernde Schulen“. Derzeit sind 35 Schulen in das Projekt involviert und setzen Gesundheitsförderung an ihrer Schule um. Die durchgeführten Projekte spannen einen Bogen von Suchtprävention, Mediation, Kinesiologie und First Love über Schulhausgestaltung und Theateraufführungen bis zum Herbstlauf. Seit Oktober 2002 verfügt das Wiener Netzwerk über eine eigene Homepage (www.gesundeschulen.at). Im Oktober 2002 fand im Rathaus eine große Veranstaltung zum Thema „5 Jahre Wiener Netzwerk – Gesundheitsfördernde Schulen“ und „10 Jahre GesundheitsförderungsZentrum“ statt. Dabei hatten die Schulen Gelegenheit, sich und ihre Projekte zu präsentieren. Im November 2002 fand im Festsaal ein **Kindergesundheitstag** speziell für die **Kinder** der Wiener Netzwerk-Schulen statt. Es gab einerseits Infostationen mit Gesundheitsinformationen aber auch Aktivstationen.

Im Rahmen des Projekts „Gesunde Leopoldstadt“ (www.gesundeleopoldstadt.at) fand im Juni 2002 ein Gesundheitstag an allen Schulen im 2. Bezirk statt. Im Dezember wurde das bei der MA 27 eingereichte EU-Ziel2-Projekt zur betrieblichen Gesundheitsförderung bewilligt, das voraussichtlich im Frühjahr 2003 starten wird.

Das Magazin „Gesunde Stadt“ erschien viermal mit jeweils einer Auflage von 20.000 Stück zu den Themen Frauen, Ernährung, Jugend und Stadt-leben.

Im Rahmen der Teilnahme am Gesunde-Städte-Projekt der WHO fand das jährliche **Business Meeting 2002** in Rijeka statt, wo die ersten Ergebnisse der Evaluation der 3. Phase des Internationalen Gesunde-Städte-Projekts vorgestellt und die weiteren Vorhaben des Projekts nach der 3. Phase diskutiert wurden.

Budgetkoordination und Finanzmanagement

Zu den wesentlichsten Aufgaben der Einheit Budgetkoordination und Finanzmanagement gehört die Erstellung des **Geschäftsgruppenbudgets**. Die

Gesamtsumme der in der Geschäftsgruppe zu verwaltenden Mittel belief sich inklusive KAV im Jahr 2002 auf rund 2,75 Mrd. EUR, das sind fast 30 Prozent des Gesamtbudgets der Stadt Wien.

Um das Budgetziel zu erreichen, ist eine ständige Überwachung und Steuerung des Budgetvollzuges und die laufende Berichterstattung an die amtsführende Stadträtin erforderlich. Zur Erstellung **längerfristiger Finanzierungspläne** für die Umsetzung von diversen organisatorischen und baulichen Projekten wurden regelmäßige Detailerhebungen und Koordinationsgespräche mit den betroffenen Abteilungen und Anstalten des Gesundheitswesens geführt.

Ein weiterer Schwerpunkt sind die umfangreichen Erhebungen über die wirtschaftliche Gebarung der Einnahmen und Ausgaben der Einrichtungen und Anstalten des Gesundheitswesens und die Mitwirkung an der Erarbeitung von **Reformvorschlägen** (sowohl einnahmen- als auch ausgaben-seitig).

Die Budgetkoordination ist in der Begleitgruppe zur Festlegung des Klinischen Mehraufwandes im AKH vertreten und arbeitet dabei an einer Lösung dieses Konflikts zwischen dem Bund und der Stadt Wien wesentlich mit.

Die neu hinzugekommene Aufgabe der **Erarbeitung von Kontrakten** zwischen den einzelnen Abteilungen, dem Magistratsdirektor und der amtsführenden Stadträtin verlangt – ebenso wie die Vorbereitung des Einsatzes der **Balanced Scorecard** – einen ständig steigenden Einsatz und Aufwand.

Die Budgetkoordination unterstützt den Bereichsleiter für Gesundheitsplanung und Finanzmanagement bei der Erfüllung der Aufgaben des **Geschäftsgruppencontrollers**, zusätzlich obliegt ihr auch die Beurteilung der budgetären Auswirkungen von sämtlichen personellen Veränderungen und Nachbesetzungen der Geschäftsgruppe.

Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV)

Der Gemeinderat hat am 22. November 2000 beschlossen, dass der Verwaltungszweig „Krankenanstaltenverbund“ mit Wirkung vom 1. Jänner 2002 als Unternehmung „Wiener Krankenanstaltenverbund“ (KAV) im Sinne des § 71 der Wiener Stadtverfassung geführt wird. Der Zweck der Unternehmung besteht in der medizinischen, pflegerischen und therapeutischen sowie psychosozialen Betreuung kranker und pflegebedürftiger Menschen. Die Unternehmungswertung des KAV war dabei mit wesentlichen organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen verknüpft.

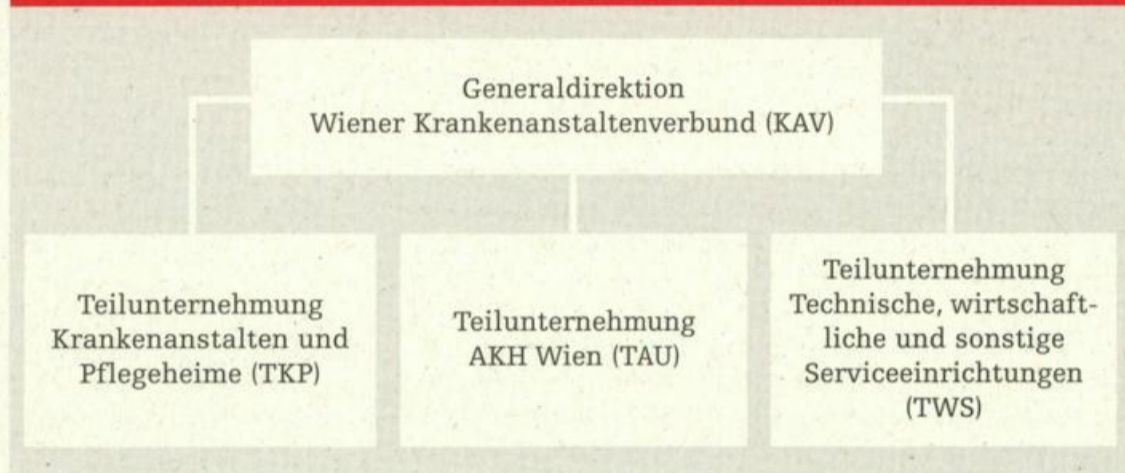
Organisatorische Änderungen

In einem längerwährenden Prozess vor dem 1. Jänner 2002 wurde die Organisationsform für die Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund neu gestaltet. Wesentlich dabei ist, dass der KAV in drei Teilunternehmungen mit dazugehörigen

Gesundheits- und Spitalwesen

Teilunternehmensdirektionen gegliedert wurde. Die Organisationsstruktur zeigt seit 1. Jänner 2002 folgendes Bild:

Die Organisationsstruktur des Wiener Krankenanstaltenverbandes seit 1. 1. 2002



Die Leitung des gesamten Wiener Krankenanstaltenverbandes obliegt dem Generaldirektor Univ.-Prof. Dkfm. Dr. Eugen Hauke, der für die Geschäfts- und Betriebsführung der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverband verantwortlich ist. Wesentliche Aufgaben dabei sind:

- Schaffung unternehmerischer Rahmenbedingungen für die permanente Weiterentwicklung der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverband
- Ausarbeitung von Richtlinien und deren Verfolgung für die Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverband
- Koordination der Teilunternehmungen innerhalb der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverband
- Mitwirkung und Überwachung der Zielerreichung innerhalb der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverband
- Führung und strategische Weiterentwicklung der Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverband.

In der **Teilunternehmung Krankenanstalten und Pflegeheime (TKP)** sind die städtischen Krankenanstalten und Geriatriezentren – ausgenommen das AKH – zusammengefasst. Der Direktion der Teilunternehmung, unter Leitung von Prim. Dr. Ludwig Kaspar, obliegt die Führung dieser Organisationseinheiten. Im Berichtsjahr standen per 31. Dezember 2002 24.284 Mitarbeiter/innen und im Durchschnitt 12.511 systemisierte Betten der TKP zur Verfügung. Es konnten 308.900 Patient/innen zur Pflege und zur medizinischen Behandlung aufgenommen werden (3,96 Prozent mehr im Vergleich zum Vorjahr). Verstärkt wurde im Berichtsjahr auf die Ausschöpfung der möglichen Synergiepotentiale unter den einzelnen Krankenanstalten und Geriatriezentren geachtet. Hervorzuheben wäre hier das Projekt Synergieeffekte Krankenhaus Lainz – Neurologisches Zentrum Rosenhügel – Geriatriezentrum Am Wienerwald.

Die **Teilunternehmung AKH Wien (TAU)** umfasst ausschließlich das Allgemeine Krankenhaus – Uni-

versitätskliniken, wobei ein Affiliierungsvertrag mit dem St. Anna-Kinderspital besteht. Die Leitung der TAU untersteht Univ.-Prof. Dr. Reinhard Krepler. Im AKH haben per 31. Dezember 2002 6.937 Mitarbeiter/innen (exklusive Bundes- und Klinikangestellten) rund 94.704 Patient/innen betreut; das heißt 5,09 Prozent mehr als im Vorjahr. Der durchschnittliche Stand der systemisierten Betten blieb mit 2.165 Betten im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Der **Teilunternehmung Technische, wirtschaftliche und sonstige Serviceeinrichtungen (TWS)** sind folgende Dienststellen, die umfangreiche Dienstleistungen für den gesamten KAV wahrnehmen, zugeordnet:

- Bereich Recht
- Dienstleistungsbetrieb Bildung und Beratung
- EDV-Management und Betriebsführungszentrum
- Forum Einkauf
- Informatik im Gesundheitsverband
- Organisations- und Personalentwicklung
- Serviceeinheit Wäsche und Reinigung
- Technische Dienstleistungen
- WienKom – Telematik, Kommunikation

Die Leitung der TWS obliegt OSR Dipl.-Ing. Josef Kastl, der mit seinen Mitarbeiter/innen ein sehr umfangreiches und differenziertes Aufgabenspektrum abzudecken hat. Dazu zählt unter anderem der EDV-Bereich, der beispielsweise die Einführung digitalisierter Röntgenbilder und der elektronischen Patientenakte ermöglicht hat und ohne die ein moderner Krankenhausbetrieb nicht aufrecht zu erhalten wäre. Die Dienststelle Technische Dienstleistungen berät und unterstützt die Einrichtungen des KAV bei technischen Aufgabenstellungen im Bereich der Bau-, Haus- und Nachrichtentechnik sowie Architektur, aber auch beim Arbeitnehmer-, Brand- und Katastrophenschutz wie auch in Angelegenheiten des Umweltschutzes und der Abfallwirtschaft. Das Aufgabenspektrum der neun Dienstleistungsbetriebe beinhaltet auch die Reinigung der Wäsche und Bekleidung aus den Spitälern und Geriatriezentren des KAV, die bereits zu 50 Prozent von der Serviceeinheit Wäsche und Reinigung bewältigt wird. Genauso leistet die TWS im gemeinsamen Einkauf unschätzbare Dienste. So kann das Forum Einkauf, die zentrale Beschaffung, mittels Rahmenausschreibungen und -verträgen die wirtschaftliche Größe des KAV entscheidend vertreten und damit bedeutende Kosteneinsparungen erzielen. Im Bereich Recht wurden die Dezernate Allgemeines, Gebühren und Vergabeangelegenheiten, Schadenersatz und Arbeitsrecht sowie Datenschutz und EDV aufgebaut. Durch den Bildungsanbieter Dienstleistungsbetrieb Bildung und Beratung konnten 2002 insgesamt 2.013 Mitarbeiter/innen zu Seminaren und weiteren Fortbildungsmaßnahmen eingeladen werden. Zusätzlich wurden 503 Zivildienler in Themen „Erste Hilfe“ und „Brandenschutz“ unterwiesen.

Leistungsdaten und Kapazitäten

Per 31. Dezember 2002 waren insgesamt 31.945 Mitarbeiter/innen („Köpfe“) im KAV beschäftigt. Im

Vergleich zum Vorjahr hat sich diese Zahl nur geringfügig erhöht. Gleichzeitig hat sich der langfristige Trend zur Teilzeitbeschäftigung auch im Berichtsjahr bestätigt. Somit ist die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten stark gestiegen (+7,7 Prozent) während bei den Vollzeitbeschäftigten eine leichte Reduktion (-0,73 Prozent) zu beobachten war.

Stationärbereich

Leistungs- und Kapazitätsdaten der KAV-Krankenanstalten und Geriatriezentren:

	2002	2001	Veränderung in %
Stationäre Aufnahmen inkl.			
Eintagespflegen	403.604	387.254	4,22
Eintagespflegen	111.586	90.581	23,19
Pflegetage Betten	4.872.601	4.916.782	-0,90
systemisiert	14.676	14.649	0,18
Verweildauer in Tagen	7,5	7,8	-3,85

Obige Zahlen verstehen sich exklusive Begleitpersonen. Die durchschnittliche Verweildauer und die Eintagespflegen beziehen sich ausschließlich auf die Krankenanstalten.

Das Jahr 2002, im Vergleich zum Vorjahr, ist durch eine deutliche Steigerung in den Leistungsdaten gekennzeichnet. Wie aus obiger Tabelle abzulesen ist, ergibt sich gegenüber 2001 in den stationären Aufnahmen eine Steigerung von 4,22 Prozent, wobei vor allem eine starke Steigerung in den Eintagespflegen (23,19 Prozent) festzustellen ist. Dies resultiert aus der ständigen Weiterentwicklung der medizinischen Methoden, die eine stark verkürzte Patientenpflege in Form von Eintagesaufnahmen ermöglicht und sich auch auf die durchschnittliche Verweildauer niederschlägt (-3,85 Prozent).

Ambulanter Bereich

Die Ambulanzfrequenz betrug im Jahr 2002 rund 3,386 Mio. Ambulanzbesucher und liegt damit leicht unter dem Vorjahr (-1,7 Prozent).

Forschung und Entwicklung

Die Forschung und Entwicklung der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund ist praktisch in den Universitätskliniken des Allgemeinen Krankenhauses konzentriert. Diese Leistungen wurden vom Bund für das Jahr 2002 mit ca. 52,9 Mio. EUR netto abgegolten.

So wurde beispielsweise im Herzkatheterlabor der Klinischen Abteilung für Kardiologie, Universitätsklinik für Innere Medizin II, erstmals die Stammzelltherapie bei einem Patienten nach Vorderwandinfarkt mittels intramyokardialer Injektion von Stammzellen in die Infarkttrandzone durchgeführt. Der Wissenschaftsfonds der EU hat die Klinische Abteilung für Pulmologie der Univer-

sitätsklinik für Innere Medizin IV mit der Förderung von 2,4 Mio. Euro ausgezeichnet. Ziel dieses Forschungsprojekts ist eine medikamentöse Entwicklung des körpereigenen Hormons VIP und analogen Substanzen zur hochwirksamen Behandlung spezieller Lungenkrankheiten, wie der Chronisch-Obstruktiven Lungenkrankheit und des Lungenhochdrucks.

Investitionen

Für das Planjahr 2002 wurde ein Investitionsplan gemäß § 17 des Statuts der Unternehmung „Wiener Krankenanstaltenverbund“ erstellt. Die Nettoinvestitionssumme der geplanten Investitionen für 2002 betrug ca. 117.492.000 EUR.

Neben laufenden Renovierungsarbeiten an unterschiedlichen Standorten konnten beispielsweise der Neubau des Geriatriezentrums Favoriten im Jahr 2002 sowie das Standortverlegungsprojekt Otto-Wagner-Spital – Pavillon 3, 5, 11 des Neurologischen Zentrums „Rothschildstiftung – Maria-Theresien-Schlössel“, im Sinne der Verbesserung der Patientenorientierung abgeschlossen werden. Außerdem wurden die Projekte: Neubau der Küche im Geriatriezentrum Süd, Weiterführung der Baumaßnahmen im Allgemeinen Krankenhaus-Universitätskliniken im Rahmen der Beschlüsse der 62. und 64. ARGE sowie der Stationsumbau am Pavillon Austria im Otto-Wagner-Spital mit Pflegezentrum und der OP-Neubau im Kaiserin Elisabeth Spital intensiv fortgesetzt. Des Weiteren ist die Fertigstellung der neuen „Cook & Chill“ Küche im Wilhelminenspital hervorzuheben.

Im Bereich der Investitionen und Instandhaltung wurde eine Budgeterhöhung von bis zu 40 Mio. EUR (brutto), als Vorziehung von Rücklagenauflösungen für wirtschaftsbelebende Maßnahmen, durch den Gemeinderatsausschuss und Gemeinderat genehmigt. Die Aufteilung wurde in der Weise vorgenommen, dass kurzfristig zu realisierende Projekte entsprechend berücksichtigt wurden. Dabei wurden einerseits laufende Investitionsvorhaben forciert, andererseits wurden dringend zu realisierende Sanierungen durchgeführt. Abgesehen von den für die Aufrechterhaltung des Betriebes in den Anstalten des KAV erforderlichen Maßnahmen, wurde mit der intensiven Fortsetzung der Renovierung der Kirche zum Heiligen Leopold im Otto-Wagner-Spital ein Beitrag zur Erhaltung eines wichtigen Denkmals Wiener Jugendstilkunst geleistet.

Neben den oben angeführten größeren Investitionsvorhaben wurden viele Maßnahmen zur Anhebung der Hotelkomponente im Stationsbereich und Reinvestitionsmaßnahmen auf dem Sektor der Medizintechnik durchgeführt.

Ausbildungseinrichtungen

Im KAV wird der Ausbildung im Bereich der Gesundheits- und Krankenpflege ein hoher Stellenwert beigemessen. Es werden 2.100 Ausbildungsplätze im gehobenen Dienst für Gesundheits- und Krankenpflege angeboten.

Neben zehn Schulen für Allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege ist eine Schule ausschließlich für die Ausbildung in der Kinder- und Jugendlichenpflege sowie zwei Schulen für Psychiatrische Gesundheits- und Krankenpflege zuständig. Neben der Ausbildung im gehobenen Dienst wird im KAV die Ausbildung zur Hebamme an der Hebammenakademie durchgeführt. Zusätzlich wird ein Pflegehilfelehrgang durchgeführt.

Die Stadt Wien ist der größte Ausbilder Österreichs im Bereich des gehobenen medizinisch-technischen Dienstes und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur beruflichen Weiterbildung für Maturanten. Im Jahr 2002 gab es 1.973 Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz an den zehn Akademien des KAV. Jährlich stehen 308 Ausbildungsplätze zur Verfügung. In den Sparten Orthoptik und Diät wurde 2002 kein Lehrgang begonnen, da diese Sparten künftig im 2-Jahresrhythmus angeboten werden. Besonders großer Andrang besteht traditionell in den Sparten Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie.

Rechnungswesen

Mit Unternehmungswerdung ergaben sich für den KAV auch wesentliche Änderungen im Bereich der Planung und des Rechnungswesens. Ab 1. Jänner 2002 wurde der bis dahin geltende Voranschlag durch einen Wirtschaftsplan ersetzt. Der Wirtschaftsplan ist nach wirtschaftlichen Grundsätzen vom Generaldirektor unter Mitwirkung der Direktoren der Teilunternehmungen für ihren jeweiligen Aufgabenbereich jährlich zu erstellen, wobei als Wirtschaftsjahr das Kalenderjahr gilt. Der Wirtschaftsplan umfasst:

- den Erfolgsplan mit Erläuterungen
- den Investitionsplan mit Erläuterungen
- den Finanzschuldenrückzahlungsplan und
- den Finanzierungsplan

Das Rechnungswesen der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund ist seit 1. Jänner 2002 gemäß den Erfordernissen des Statuts nach den

Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung organisiert. Zum Jahresabschluss 2002 wurden somit erstmalig eine Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, der Anhang sowie ein Lagebericht erstellt.

Zur Führung des Rechnungswesens wurde im KAV das SAP implementiert, wobei derzeit der Bereich der Ausgangsrechnungen, die steuerliche Abwicklung sowie der Zahlungsverkehr durch die MA 6 abgedeckt wird. Die Führung des Anlagevermögens, der Vorräte sowie der Bereich der Eingangsrechnungen wird durch den KAV mit Hilfe von SAP abgewickelt. Die Systeme des KAV und der MA 6 sind durch entsprechende Schnittstellen verbunden. Für die Leistungen der MA 6 besteht ein Verwaltungsübereinkommen, in dem die Aufgaben dieser Magistratsabteilung aufgelistet sind. Zielrichtung ist jedenfalls, dass mittelfristig das gesamte Rechnungswesen auf einer gemeinsamen Plattform SAP vereinheitlicht wird.

Finanzielle Rahmenbedingungen

Ab 2002 wurde die Finanzierung der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund einer wesentlichen Änderung unterworfen. Die bis 2001 gültige Vorgangsweise der einjährigen Abgangsdeckung wurde durch eine mittelfristig festgesetzte Zuschussregelung ersetzt. Dabei wurde für die Jahre 2001 bis 2005 ein Gesamtzuschuss festgesetzt. Für die Berechnung des Gesamtzuschusses wurden dabei auch die Mittel nach dem Gesundheits- und Sozialbereichsbeihilfengesetzes einbezogen. Er teilt sich dabei in einen Investitionskostenzuschuss und in einen Zuschuss für den finanziellen Ausgleich (Betriebskostenzuschuss).

Der Gesamtzuschuss beläuft sich für die Berechnungsperiode (2001 bis 2005) auf ca. 3,7 Mrd. EUR, wobei auf das Berichtsjahr ein Anteil von ca. 735,4 Mio. EUR entfällt.